

Der Ablauf des Prozesses

Das Disziplinarverfahren, in welchem über die politische Aktivität und langjährige Arbeit des Beamten Hans Peter in Stuttgart verhandelt wird, findet nicht etwa am Ort des Geschehens statt, sondern 200 km entfernt in Frankfurt. In Stuttgart ist Hans Peter als Kandidat der DKP bekannt, kennen viele Bürger ihn und seine Meinung, leben seine Kollegen, mit denen Hans Peter über Jahre zusammen arbeitete. Deshalb wird das Verfahren in eine andere Stadt gelegt. Wie die "Stuttgarter Zeitung" am 20.2.80 mitteilte, hatten Bundesbahn und Bundespost "Sicherheitsbedenken" angemeldet für den Fall, der Prozeß würde in der baden-württembergischen Landeshauptstadt stattfinden.

40 Zuhörerplätze fasste der vom Bundesdisziplinargericht vorgesehene Raum für die Hauptverhandlung in Frankfurt. So wenig, daß gleich im Voraus eine Regelung für die Platzvergabe und strikte Ordnungsregeln bekannt gegeben wurden (es könnte ja einer auf die Idee kommen, sein Mißfallen über die Meinung des Disziplinarrichters ausdrücken zu wollen!). Disziplinarverfahren sind grundsätzlich nicht öffentlich; erst auf Antrag von Hans Peter wurde eine begrenzte Öffentlichkeit zugelassen.

Die Ablehnung des Berufsverbotsverfahrens gegen Hans Peter in Nachbarländern der BRD fand Ausdruck in der Anwesenheit verschiedener Delegierter ausländischer Komitees gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik: aus Großbritannien waren der Jurist Frank Dorman und der Sekretär der National Campaign against the Berufsverbote Hugh Latham gekommen, aus Frankreich nahmen das Mitglied des Europaparlaments Francis Wurtz und Leon Tinelli vom französischen Komitee teil sowie ein Vertreter der französischen Postgewerkschaft und der Gemeinde Witten-

heim, das dänische Landeskomitee war mit zwei Vertretern, Jens Lynhe Andersen und Ruth Seiding, anwesend und aus Niederlande wohnte Alex Veldhof von der PvdA dem Verfahren bei.

Diese ausländischen Prozeßbeobachter erläuterten auf einer internationalen Pressekonferenz ihre übereinstimmende Haltung gegen diese Verletzung der Menschen- und Grundrechte in der BRD. Neben diesen Vertretern ausländischer Delegationen saßen politische Persönlichkeiten aus der BRD im Gerichtssaal. Peter Conradi, MdB und SPD-Mitglied, Kurt Erlebach, Mitglied des Präsidiums der DKP, Dr. Dr. Joachim Kahl, Sprecher des hessischen Komitees gegen die Berufsverbote und eine Abordnung ehemaliger Widerstandskämpfer, die unter dem Faschismus verfolgt wurden.

Begleitet wurde das Disziplinarverfahren durch Protestaktionen vor dem Gericht und vor der Frankfurter Hauptpost. Nach strengen Kontrollen hatten nur 23 Personen Zugang zu dem Verfahren erhalten. Über 100 demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude gegen das Disziplinarverfahren.

Zu Beginn der Verhandlung verlas der Vorsitzende Richter Dr. Schmachtenberg zahlreiche Beurteilungen, die Hans Peter vorbildliche berufliche und persönliche Qualifikation bescheinigten. Auch der Vertreter des Bundesdisziplinaranwaltes mochte diese Beurteilung des Beamten nicht bezweifeln.

Beim Verlesen von Artikeln aus DKP-Zeitungen, die von Hans Peter verfaßt waren, wurde deutlich, daß Hans Peter sich als aktiver Demokrat für Frieden und Abrüstung und gegen soziale Mißstände engagiert hat, ein politisches Auftreten, das laut dem Richter legal, zulässig und "vielleicht auch begrüßenswert" ist.

Trotz dieser Feststellungen wurde der Prozeß fortgesetzt. Nicht die Integrität und fachliche Fähigkeit von Hans Peter standen zur Debatte, sondern einzig und allein seine Mitgliedschaft in der DKP. Das Gericht verlas das Parteiprogramm und ein Interview mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies. Anstatt, wie dies dem Disziplinargericht ausschließlich zusteht, sich mit der Person Hans Peter zu befassen, wurde die Verfassungsmäßigkeit einer Partei geprüft.

Entsprechend der vorliegenden Beurteilungen über die Qualifikation und das politische Engagement von Hans Peter forderten seine Rechtsanwälte Freispruch. Der Vorwurf einer Dienstpflichtverletzung werde durch nichts gerechtfertigt. Am 3. Verhandlungstag wurde eine inquisitorische Befragung gegen Hans Peter eröffnet. Der Richter forderte Hans Peter auf, u.a. zu folgenden Fragen seine Meinung zu äußern.

Wie er zu der Aussage des DKP- Programms stehe, die DKP wirke auf dem Boden des Grundgesetzes?

Ob das Verhältnis der DKP zum Grundgesetz nur taktisch sei ?

Wie er das Verhältnis der DKP zur Arbeiterklasse verstehe ?

Wem die Gerichte verantwortlich sein sollten ?

Was er unter sozialer Umgestaltung verstehe ?

Was er unter Gewaltenteilung verstehe?

Ob er die Absetzung von Richtern befürworte ?

Ob es im Sozialismus Beamte geben werde?

Welche Erfahrungen des Klassenkampfes die DKP berücksichtige ?

Ob man einem Beamten die NPD-Mitgliedschaft vorhalten könne ?

Solidaritätsveranstaltung des Arbeitskreises "Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte" in Frankfurt, Gewerkschaftshaus, 26.3.1980

